

Pfund
 Mark 3.70,
 bedeutend höher
 ak
 Steuerausschlag so
 e Borrat,
 empfiehlt
 umverein.
 können gegen neue
 e t a u s c h t werden,
 Tausch genommen.
 in großer Aus-
 wahl, u e u e s t e
 erhält jeder Käufer

nosfer,
 gut spielen kann.
 ll und billig.
 r, Pforzheim
 e 27.
 Harmonikas-

echt
 er Art
 th.

-Tee
 Mittel bei Blut-
 stopfung, Hä-
 ar echt mit dem
 allen Mk. 2.50 und
 allen Apotheken.

elanfälle,
 Schwächezu-
 Broschüre.
 n W 35,
 a.

! soweit
 Vorrat.

en
 k 1.10
 abatt
 fstelle

verein
 ra-Rabatt!

kunft
 n. Stern. u. Graph
 ertsdat. u. Schrift
 Inf. Mond,
 Leipzig Postfach

fen
 Kohlenfeuerung,
 vernichtest), 1 neue
 e,

20 Volt passend)

pressen
 nzell
 nsgeschäft.

Calmer & Co. Calver

Nr. 187. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Erscheinungswoche: 6 mal wöchentl. Anzeigerpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg. Restanten 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Noch keine Lösung der Regierungskrise.

Ueber das Ergebnis der Reichstagswahlen in Deutschland hat sich Lloyd George kürzlich u. a. geäußert: Die deutschen Wahlen zeigten ein verwirrtes Volk, das in Parteien gespalten sei, das einen hoffnungslosen Kampf gegeneinander führe ohne klare Ziele und ohne daß es eine Stimmung gebe, die alles über-töne. Dieses Urteil ist zwar das eines Feindes, aber trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb ist es umso richtiger, und wenn die Deutschen klug wären, so würden sie etwas daraus lernen. Ein Blick auf die immer noch schwebende, ungelöste Regierungskrise bestätigt vollumfänglich die Bemerkung des englischen Staatsmannes. Nicht nur bei den deutschen Wahlen kam bei den Reichstagswahlen kein einheitlicher klarer, deutlich überwiegender Mehrheitswille zum Ausdruck, auch bei den Parteien wiederholt sich jetzt dies Bild der inneren Zerrissenheit, des halblösen Hin- und Her-schwankens, des unsicheren Tastens und hilflosen Umhertastens. Nichts kann die so oft gerügte politische Unreife unseres Volkes deutlicher kennzeichnen als der Verlauf der gegenwärtigen Krise. Es fehlte dem deutschen Volk am 6. Juni an einem großzügigen, einheitlichen Willen, der dem Wahlergebnis seinen Stempel aufgedrückt hätte, und es fehlt auch jetzt den einzelnen Parteien der große Zeitgedanke, unter dem sich eine Mehrheit zu einer tragfähigen, starken Regierungsbildung zusammenscharen könnte.

Lloyd George hat wohlweislich nicht ausgesprochen, welches das klare Ziel und die alles über-tönende Stimmung sein müßte, die dem Willensausdruck des deutschen Volkes ein scharfes Gepräge verleihen könnten; für ihn als den Angehörigen eines alten, nach demokratischen Grundsätzen regierten Landes war es eine Selbstverständlichkeit, wie es für jeden Amerikaner, jeden Franzosen eine Selbstverständlichkeit wäre. Nur der Deutsche ist seit den Tagen Arminius, des Befehlshabers Deutschlands, unbeherrschbar geblieben. Damals machte es die Uneinigkeit der deutschen Stämme den Römern leicht, sich das deutsche Land zu erobern; heute ist es der Zwiespalt der Parteien, der unsern Segnern in die Hände arbeitet. Es ist klar, wenn sich aus dem Hin- und Widerstreit der Parteianschauungen und Meinungen ein Ziel und ein Gedanke zum beherrschenden loslösen soll, dann kann es unter den gegenwärtigen Umständen nur der nationale Gedanke sein. Die außenpolitische Lage muß heute bestimmend und ausschlaggebend für die Haltung der Parteien sein. Nicht der Parteigedanke darf über alles gehen, sondern die Sorge um das Wohl des Vaterlandes muß die Richtschnur für die Handlungen der Parteien geben.

Gegen diesen Grundsatz, dem die großen Demokratien des Westens alle ihre außenpolitischen Erfolge verdanken und der bei ihren Staatsmännern zum natürlichen Empfinden gehört, vertritt zuerst die unabhängige sozialdemokratische Partei, als sie von dem Reichkanzler Müller zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert wurde. Durch ihre bedingungslose Absage gegenüber jeder Kabinettsbildung, bei der sie selbst nicht eine Diktatur ausüben kann, lieferte sie den Beweis, daß sie nicht von aufbauenden, sondern von zerstörenden Absichten geleitet ist, daß ihr also das Wohl des Vaterlandes gleichgültig gegenüber dem Wohl einer bestimmten Volksklasse ist. Die Mehrheitssozialisten selbst versagten aber gleichfalls, auch ihre bisherige Haltung in der Regierungskrise zeigt, daß sie nur von dem Parteigedanken beherrscht sind, daß sie nur vor dem Götzen der Partei auf den Knien liegen, und wenn das Vaterland in all seinen tausend Nöten auch zusammenbricht. Wie wenig der nationale Gedanke bei uns zur Grundlage des politischen Denkens und Handelns gemacht wird, das zeigt auch der Riß, der immer wieder von Zeit zu Zeit durch das liberale Bürgertum gezogen wird und der vor den Wahlen in der heftigen Beschuldigung der deutsch-demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei zur trennenden Kluft erweitert wurde. Fast wie ein Scherz berührt es uns, wenn nach den Wahlen das führende Organ der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“ in einem längeren Artikel unter der Ueberschrift „Sammeln“ ein Fusionsangebot an die Demokratische Partei richtet. Auf nichts anderes läuft es jedenfalls hinaus, wenn in dem Blatt gesagt wird: „Auch für die bürgerlichen Demokraten, das soll nicht verkannt werden, wäre es ein schwerer Entschluß, den feindlichen Brüdern von der Liberalen Re- b e n p a r t e i nach einem so erbittert geführten Kampfe die Hand zu reichen. Könnte er ihnen nicht erleichtert werden, wenn diese, als die vom Wahlgeld Bevorzugteren, ihnen die Hand entgegenstreckte und die Fehde beendigte wie Preußen den Bruderkrieg mit Oesterreich? Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß programmatische Unterschiede zwischen

den beiden Parteien „kaum mit der Lupe zu entdecken seien“, und von dem dogmatischen Gegensatz zwischen Demokratie und Liberalismus, womit in den Anfängen der Parteiumbildungen die Scheidung begründet wurde, ist es stillgeworden, seit dringende Gegenwarts- und bittere Magenfragen die Aufmerksamkeit vollumfänglich in Anspruch nahmen. Gewiß sind solche Gegensätze vorhanden, niemand, der die Geschichte des Parteiwesens kennt, wird sie leugnen; aber in der Neuzeit waren diese Gegensätze schon bei den Parteien der Monarchie so verwischt, daß sie höchstens noch als schärfere oder mildere Tonart sich geltend machten, und als die Demokratische Partei sich auftrat, strömten die Massen ihr zu, weil sie es für selbstverständlich hielten, daß nun unter der Demokratie diese Partei das Sammelbecken des gesamten demokratisch-liberalen Bürgertums sein werde. Es würde dem Frieden, den wir fördern möchten, nicht dienlich sein, wollten wir hier unsere Ansicht darüber aussprechen, weshalb sich diese Erwartungen nicht erfüllt haben, weshalb die Deutsche Volkspartei den Demokraten den Wind aus den Segeln nehmen konnte; genug, daß jetzt vielfach der Wunsch laut wird, es möge eine Verständigung zwischen den beiden Gefinnungsverwandten zustande kommen. Die Umbildung in unserm Parteiwesen ist noch nicht abgeschlossen, und Fusionen wären keine Neuerung in der Geschichte der Parteien. Auch über den Namen, den man einem solchen liberal-demokratischen Gebilde geben könnte, brauchte man sich den Kopf nicht zu zerbrechen; hat es doch in Spanien einmal eine Partei gegeben, die sich liberal-konservativ nannte! Wenn man über den Hund kommt, kommt man auch über den Schwanz. Wir wissen nicht, wie sich die Führer der beiden Parteien zu einer solchen Anregung stellen, derjenige aber, dem eine Vereinfachung unseres jetzt glücklicherweise in 17 Gruppen zerklüfteten Parteiwesens wünschenswert erscheint, dürste sie nicht von vornherein von der Hand weisen.“ Wozu war dann der Bruderkampf vor den Wahlen nötig, wenn die Parteien nachher doch zusammenarbeiten oder sich gar verschmelzen? Warum muß man dem feindlichen Ausland erst das unerquickliche Schauspiel innerer Zerklüftung und Zerrissenheit geben?

Vorläufig versucht nun der Zentrumsabgeordnete Trimborn, mit welchem Glück bleibt abzuwarten, ein Ministerium zusammenzubringen, das sich auf das Vertrauen einer Mehrheit gestützt, der wenig dankbaren Aufgabe unterzieht, das deutsche Volk durch all die mannigfachen inneren und äußeren Nöte und Wirrnisse zu lenken. Die Mission Dr. Trimborns wird nur dann gelingen, wenn die Parteien endlich einsehen, daß der Parteigedanke dem nationalen Gedanken unterzuordnen ist. Der Blick auf die Einmütigkeit unserer Feinde in dem Gedanken, uns zu vernichten, sollte sie darauf bringen, daß alles Nebensache ist gegenüber dem Ziel: Deutschland wiederaufzubauen und durch innere Einigkeit dem Haßgedanken unserer Feinde ein Bollwerk entgegenzusetzen.

Alles noch in der Schweb.

* Berlin, 16. Juni. Die Aussprache des Zentrums, die gestern Vormittag stattfand, würde der „Germania“ zufolge noch nicht beendet. Sie soll heute Nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrum meint, alles sei noch vollkommen in der Schweb. Auch die Deutsche Volkspartei hätte den Versuch machen können, dem sich Trimborn unterziehe, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen. Man müsse sogar sagen, sie wäre die nächste dazu gewesen. Nur das Zentrum mache von dem Parteigoismus der Stunde wieder eine rühmliche Ausnahme. Es mühe sich ehrlich ab, dem Vaterland die unbedingt erforderliche Regierung zu geben. Trimborn bemühe sich darüber hinaus, wenigstens eine durch Duldsamkeit haltbare Regierung zustande zu bringen, erfülle also eine Pflicht, die in erster Linie der siegreichen Opposition der Rechten hätte auferlegt werden müssen.

(W.B.) Berlin, 15. Juni. Die „Germania“ schreibt zu der Kabinettsbildung, die bisherigen Verhandlungen hätten die politische Lage, wenn vielleicht auch nicht geklärt, so doch gebessert. Trimborn habe eine überaus schwierige und undankbare Aufgabe übernommen. Den schwebenden Verhandlungen will das Blatt nicht vorgreifen. Als ihre Meinung spricht aber die „Germania“ aus, daß der Auftrag Trimborns weitgehender gedacht sein müsse, als ihn Müller und Heinze auffaßten. Es müsse doch schließlich eine Regierung zustande gebracht werden und Trimborns Aufgabe sei nicht zuletzt darin zu erblicken, dieser Ueberzeugung bei einer ausreichenden Zahl von Parteiführern zum Durchbruch und zur praktischen Verwendung zu verhelfen. Als nächstliegenden Weg habe sie bereits die Wiederaufnahme der

früheren Koalition bezeichnet. Unter Hinweis auf die Feststellung der am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Parteikonferenz, daß sie die Koalitionspolitik gegenwärtig als unmöglich betrachte, kommt auch die „Germania“ zu dem Schluß, daß die Ablehnung der Mehrheitssozialisten gegenüber der alten Koalitionspolitik keine grundsätzliche, sondern eine vorübergehende sei.

Die Haltung der deutsch-demokratischen Partei.

(W.B.) Berlin, 15. Juni. Der Führer der Deutsch-Demokratischen Partei, Dr. Petersen, hat heute nachmittag dem Abgeordneten Dr. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen überreicht, unter denen sich die Deutsch-Demokratische Partei an der Kabinettsbildung beteiligen will. Die Demokratische Partei erklärt sich bereit, sachlich und positiv in einem Kabinetts mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms werden dann in der Erklärung u. a. folgende Punkte bezeichnet: Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung der Klassenherrschaft, Ablehnung jeder Klassen- und Klassenpartei, Bezeichnung der Ämter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig die Ämter auszuüben geeignet sind.

* Berlin, 16. Juni. Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Deutsch-Demokratischen Partei, in der die Bereitschaft der Letzteren erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition, sagt der „Vorwärts“: Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Man hofft vom heutigen Tag eine Klärung. — Die „Boschische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stelle sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß es Sache des vom Reichspräsidenten berufenen Reichkanzlers sein müsse, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. Die selbstverständliche Voraussetzung sei das Bekenntnis zur Verfassungsgrundlage des Staatswesens und zu einer Politik des Aufbaues und der Veröhnung. — Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt. Zu der Erklärung Dr. Petersens wird diesem Blatt von angeblich hervorragender volksparteilicher Seite mitgeteilt, daß das, was Dr. Petersen ausführte, von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise gefordert wurde. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft Schiffers hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstag den Kanzler stelle. Ueber die Kanzlerschaft eines Zentrumsmanne lasse sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, stehe in der Mitte und habe ein Recht, für sich die Kanzlerschaft in Anspruch zu nehmen. Mit der Person Fehrenbachs sei die Deutsche Volkspartei einverstanden.

Die ablehnende Haltung der Mehrheitssozialisten.

* Berlin, 15. Juni. Bei Besprechung der Kabinettsbildung beschränkt sich die „Germania“ darauf, die Angaben des „Vorwärts“ in der heutigen Morgenausgabe als richtig zu bestätigen und hinzuzufügen, daß die Verhandlungen weitergehen, ohne bisher ein bestimmtes Ergebnis erzielt zu haben. — Nach dem „Vorwärts“ verhandelte Trimborn heute Vormittag wiederum mit den sozialistischen Führern Hermann Müller und Löbe, die ihm auseinandersetzen, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß auch der Wunsch, die sozialdemokratische Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinetts entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten der Partei zu einer neuen Regierung werde von deren Taten abhängig. Der „Vorwärts“ wendet sich dann gegen die Auffassung, die Sozialdemokratische Partei bereite sich nur darauf vor, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überrennen. Jeder Kenner des Programms und der Geschichte der Partei wisse, daß für sie ein gewaltsames Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen der verfassungsrechtlichen Befugnisse handeln, nicht in Betracht komme.

Von der preußischen Landesversammlung.

(W.B.) Berlin, 15. Juni. Entgegen dem Antrag der Unabhängigen, wegen des Ergebnisses der Reichstagswahlen nicht in die Beratung der Verfassung einzutreten, sondern die Auflösung der preußischen Landesversammlung herbeizuführen, beschloß der Verfassungsausschuß der Landesversammlung, mit der Beratung der Verfassung morgen Mittwoch zu beginnen.

Landtagswahlergebnis in der Pfalz.

(WB.) Speyer, 15. Juni. Nach der endgültigen Feststellung des Landtagswahlergebnisses in der Pfalz erhalten die Mehrheitssozialisten und die Bayer. Volkspartei je vier Sitze, die Demokraten und die U.S.P. je einen Sitz, die Deutsche Volkspartei fünf und die Kommunisten keinen Sitz.

Zur äußeren Lage.

Die Entwaffnung Deutschlands.

(WB.) Amsterdam, 16. Juni. In Erwiderung auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die Maßnahmen, die Deutschland seit der Konferenz in San Remo zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags getroffen habe, ertheilte Lloyd George eine schriftliche Antwort, in der es heißt: Am 10. Mai schickte die Interalliierte Kontrollkommission die Stärke des deutschen Heeres auf 270 000 Mann. Am 10. Juni wurde in einem deutschen Funkpruch gütlich bekannt gegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung, erklärte Lloyd George, ist bisher von der Interalliierten Kontrollkommission noch nicht nachgeprüft worden. Jedenfalls aber lagen Anzeichen dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Eine große Anzahl von Leuten ist entlassen worden. Die Einheiten des Feldheeres sind mit der Reichswehr verschmolzen worden. Die deutsche Regierung erteilte Befehl zur Auflösung und Entwaffnung der unerlaubten Formationen und der Einwohnereinheiten. Sie dringt aber noch immer auf die Erlaubnis zur Beibehaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 23 877 Geschütze und 37 262 Maschinengewehre sind ausgeliefert worden.

Millerand und Lloyd George.

(WB.) London, 15. Juni. (Havas.) Es bestätigt sich, daß die Besprechung, die demnächst zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden soll, binnen einer Woche in Frankreich abgehalten wird. Am Schluß der Besprechung von Syntze seien beide Minister übereingekommen, vor der Konferenz in Spa zusammenzutreffen. Beide kamen überein, daß die Begegnung am 21. Juni in Boulogne-sur-Mer stattfinden soll.

Die Konferenz von Spa.

(WB.) Amsterdam, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George gestern im Unterhaus, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen deutschen Regierung noch nicht festgesetzt, doch werde die Konferenz wahrscheinlich am 15. Juli beginnen. Der Gedanke einer Zusammenkunft von Staatsmännern in Brüssel sei nicht neu. Es sei stets geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland eine Besprechung abhalten.

Vom Völkerbund.

(WB.) London, 15. Juni. (Reuter.) Am 15. Juni wird eine öffentliche Sitzung des Völkerbundesrates im St. James-Palast stattfinden. Dabei soll die persische Frage und die Frage der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus Sibirien erörtert werden. Bei der heutigen vorbereitenden nichtöffentlichen Sitzung ist die erforderliche Einstimmigkeit nicht erreicht worden. Daher wurde beschlossen, daß die persischen und die französischen Vertreter eine besondere Zusammenkunft abhalten sollen, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

Reise des Oberst House nach Europa.

(WB.) London, 15. Juni. (Reuter.) Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Oberst House mit Zustimmung Wilsons und der amerikanischen Regierung nach Europa abreisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Holland, Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei berühren. Diese Reise erfolge auf den dringenden Wunsch Englands und Frankreichs, die beunruhigt seien in der Hinsicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ver. Staaten und den Alliierten sich beträchtlich mehrten.

Ein unverwünschter Vertreter Deutschlands.

(WB.) London, 15. Juni. Nach der „Evening News“ hielt die englische Regierung den Aufenthalt Cunos in London als Kanisler der deutschen Botschaft für unerwünscht. Cuno ist gestern Abend von London nach Deutschland abgereist. — Das ist für uns ein Beweis, daß Cuno die Geschäfte der deutschen Regierung gut besorgt hat. (D. S.)

Der neue bulgarische Geschäftsträger in Berlin.

(WB.) Berlin, 15. Juni. Der neuernannte bulgarische Geschäftsträger, Generalkonsul Dr. Dosein Dostof hat heute dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Zeitungsverbote in den besetzten Gebieten.

(WB.) Köln, 15. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ sind von morgen ab auf einige Tage verboten, weil sie Artikel gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlichten. Außer diesen beiden Zeitungen sind weitere fünf Zeitungen im besetzten Gebiet verboten worden.

Proteststreik gegen die französische Uebergriffe.

(WB.) Ludwigshafen, 15. Juni. Wegen der Verhaftungen im besetzten Gebiet haben sämtliche Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten und der Hauptwerkstätte, sowie ein großer Teil des Lokomotivpersonals die Arbeit geschlossen niedergelegt. Die Stilllegung großer industrieller Betriebe, wie der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der Sulzer Maschinenfabrik usw., steht bevor. Auch die Straßenbahn, die Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter wollen in einen Sympathiestreik eintreten.

Der kirchliche Kommissar Oberschlesiens.

(WB.) Breslau, 15. Juni. Laut „Breslauer Morgenztg.“ wurde der Nuntius Erzbischof Ratti in seiner Eigenschaft als

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberämliche Bekanntmachung.

Die Geschichte der 26. Reserve-Division mit kurzem Text und Skizze und ca. 500 Bildern, erscheint demnächst im Verlag von Stähle und Friedel, Stuttgart, Tübingerstr. 53/57. Ehemalige Angehörige der Division und deren Hinterbliebene erhalten das Exemplar zum Vorzugspreis von nur 6,50 Mark zuzüglich Portokosten. Bestellungen mit genauer Adresse baldigst an Amtmann Häußler, Stuttgart, Uhlandstr. 25. Zusendung mit Nachnahme.

Calw, den 14. Juni 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

vom Heiligen Stuhl eingesetzter kirchlicher Kommissar Oberschlesiens von der Plebiszitkommission am 15. Juni empfangen. Er hielt eine Ansprache, in der er auf seine Aufgabe, die gerechte und ungestörte Freiheit bei der Abstimmung zu sichern, hinwies. General Le Kand dankte ihm und versicherte, die Erfüllung der Mission des Kirchenfürsten nach Möglichkeit zu erleichtern.

Heimkehrer aus Sibirien.

(WB.) Hamburg, 15. Juni. Der amerikanische Transportdampfer „Mount Vernon“ (ehemals „Kronprinzessin Cecilie“), mit Heimkehrern aus Sibirien über Amerika nach Hamburg unterwegs, ist stark beschädigt in New Jersey eingetroffen. An Bord befinden sich 3000 Tschechoslowaken, 150 Deutsche und 250 Oesterreicher. Der Dampfer sollte ursprünglich am 22. Juni in Cuxhaven eintreffen.

Deutsche in der Roten Armee.

(WB.) Berlin, 15. Juni. Der offizielle polnische Generalsbericht vom 8. Juni erwähnt, daß aufgefangene bolschewistische Befehle und Meldungen zum Teil in deutscher Sprache abgefaßt seien. Hieraus ist das Gerücht entstanden und in der polnischen Presse verbreitet worden, daß die bolschewistische Armee von einer großen Anzahl deutscher Offiziere geführt sei. Es mag sein, daß einige frühere deutsche Kriegsgefangene im Ausland aus Abenteuerlust oder auch aus Not, weil ihnen bisher die Rückkehr in die Heimat verschlossen war, in der Roten Armee Dienste genommen haben, so wie dies auch in den Armeen Denikins und Koltshaks der Fall gewesen sein soll. — Die Unterstellung, als seien deutsche Offiziere mit Wissen der Reichsregierung in die Rote Armee eingetreten, muß aber als eine durch nichts gerechtfertigte Erfindung auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.

Beunruhigende Lage in Mesopotamien.

(WB.) Teheran, 15. Juni. (Havas.) Die beunruhigende Lage in Mesopotamien hat sich in den letzten Tagen empfindlich zugespitzt. Tel Afar wurde von den Truppen der mächtigen Schamars, die von Offizieren des Scherifs befehligt waren, angegriffen. Alle englischen Beamten der Stadt und eine Anzahl der Bewohner fielen einer Meuterei zum Opfer. Die Angreifer bemächtigten sich der Stadtgebäude. In Mosul ereigneten sich schwere Unruhen. 6000 Araber griffen das Regierungsgebäude an und beschossen zwei Stadtviertel. Es gab viele Tote.

Ausland.

Das Zurückgehen der Preise in Frankreich.

Wie eine Woge geht das Sinken der Preise über Frankreich. Zuerst begann die Abflauung auf den Viehmärkten, die Folgen waren billigere Fleischpreise. Nun wird gemeldet, daß in Marseille die Kaffeepreise von 299 auf 272 Frcs. zurückgingen, für Saatgetreide von 325 auf 312 Frcs., für grüne Erbsen von 710 auf 195 Frcs., für Bohnen von 200 auf 190 Frcs., für Linsen von 130 auf 115 Frcs., für Palmöl von 430 auf 350 Frcs., für Baumwolle von 680 auf 500 Frcs., für feine weiße Seife von 460 auf 440 Frcs. — In Toulon ging der Preis für 1 Hektoliter Wein um 20 Franken zurück. Von allen Seiten wird sehr starkes Fallen der Lederpreise gemeldet. Das Zurückgehen der Preise erklärt man u. a. mit der Zurückhaltung der Käufer, die nur das unbedingt Notwendige kaufen, sowie mit dem Umfang der Vorräte.

Eine neue englische Einfuhrbestimmung.

(WB.) Amsterdam, 15. Juni. Im englischen Unterhaus teilte der Handelsminister Sir Robert Horne mit, er hoffe bald eine Gesetzesvorlage einbringen zu können, wonach alle Einfuhrwaren mit dem Namen des Ursprungslandes versehen sein müssen. (Diese Maßnahme würde sich natürlich in erster Linie gegen Deutschland richten, da sie den Boykott der deutschen Waren erleichtern würde. D. S.)

Neue Kohlenlager in Belgien.

(WB.) Brüssel, 15. Juni. Wie die Blätter melden, ist man in der Provinz Limburg auf Kohlenlager gestoßen, die sehr umfangreich sein sollen.

Das Kabinett Giolitti.

(WB.) Rom, 16. Juni. Die „Agenzia Stefani“ meldet amtlich, daß der König die Demission des Kabinetts angenommen und Giolitti mit der Neubildung betraut hat.

Wiederaufnahme der bulgarisch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen.

(WB.) Bukarest, 15. Juni. Die bulgarische Regierung hat beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wieder aufzunehmen.

Griechische Rüstungen.

(WB.) Paris, 15. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die griechische Regierung die vorzeitige Einberufung der Jahreskassse 1921 angeordnet.

Vor den amerikanischen Präsidentenwahlen.

(WB.) Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung des „New-York Herald“ spricht man von einer Spaltung der amerikanischen republikanischen Partei wegen der Niederlage des Senators Johnson bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten. 48 Mitglieder der Partei hätten ein Ko-

mittee gebildet und einer der Unterzeichneten, Pinchot, habe auf den 10. Juli einen Konvent einberufen, um einen neuen Kandidaten zu benennen.

* Berlin, 16. Juni. Der „Berl. Lokalanz.“ veröffentlicht eine Haager Meldung aus Newyork, daß auf die Wahl Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Wetten von 10:1 abgeschlossen werden.

Der Thronfolger von Siam gestorben.

(WB.) Bangkok, 15. Juni. (Havas.) Der Thronfolger von Siam ist in Singapur an den Folgen einer Augenentzündung gestorben.

Das bedrohte Deutschland im Osten.

Auf alle mögliche Art und Weise versucht Polen, bezw. die Entente entscheidenden Einfluß auf die oberschlesische Industrie wie über das gesamte Wirtschaftsgebiet der Ostmarken zu gewinnen. Umso mehr ist die deutsche Reichsregierung verpflichtet, ihrerseits für die Wünsche der bedrohten Gebiete ein offenes Ohr zu haben und alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, ihre Interessen zu fördern. Von dem Wiederaufbau der oberschlesischen Industrie ist das Wohl und Wehe der Bevölkerung nicht nur Oberschlesiens, sondern des ganzen Reiches, der Arbeiter sowohl wie des Mittelstandes und der Bauern, abhängig. Da die Interessen der oberschlesischen Industrie mit denen der gesamten deutschen auf das engste verknüpft sind, muß auch das ganze deutsche Wirtschaftsleben den regsten Anteil an der oberschlesischen Frage nehmen. Was von Oberschlesien gesagt wurde, gilt auch für die umstrittenen Gebiete Ost- und Westpreußens, einschließlich des Freistaates Danzig. Diese Gebiete, durch den polnischen Korridor vollkommen vom Reich getrennt, sind naturgemäß dem feindlichen Einfluß ganz besonders stark ausgesetzt, während dem Mutterlande jede Verbindung von polnischer Seite mit Wohlbedacht so weit wie möglich erschwert wird. In Anbetracht dieser für uns so schwierigen Verhältnisse darf nichts außer Acht gelassen werden, um in ständiger Verbindung mit dem bedrohten Osten zu bleiben, nichts versäumt werden, um vor allem auch eine praktische Propaganda durch Unterstützung der dortigen deutsch-treuen Bevölkerung mittels Kultur- und Wirtschaftshilfen aller Art durchzuführen. Gerade in den Ostmarken muß das Gefühl wachbleiben, daß das Reich seine Söhne im Osten nicht vergessen hat. Die deutsche Wirtschaft darf nicht tatenlos zusehen, wie das in jahrhundertelanger ehrlicher harter Arbeit in den Ostmarken investierte deutsche Volksvermögen, das Millionen- und Milliardenwerte beträgt, mißlos den neuen Herren im Osten in den Schoß fällt. Es darf nicht soweit kommen, daß die Ostmarkendeutschen, weil sie politisch unter fremde Herrschaft kamen, sich nun auch wirtschaftlich unterjochen lassen müssen.

Zu einer wirksamen Aktion im Kampf gegen das Vordringen aller deutschfeindlichen Bestrebungen ist die Organisierung einer deutschen Einheitsfront auf dem Boden einer Arbeitsgemeinschaft aller Volksgenossen zwecks gegenseitiger Hilfe in den ostdeutschen Nöten erforderlich. Diese Aufgabe hat sich der „Zweckverband für Oberschlesien und die Ostmarken“ (Sitz in Berlin-Schöneberg) gestellt. Der Zweck des Verbandes ist in dem § 2 der Satzungen ausgeprochen: „Der Verband ist eine deutsche politische Organisation. Er hat den Zweck, die deutschen politischen und wirtschaftlichen Interessen in Oberschlesien und in den Ostmarken zu vertreten, sie einerseits dem Reich, andererseits dem Ausland gegenüber zu unterstützen, im deutschen Sinne Propaganda (durch Vorträge, Schriften, Bühnen- und Lichtspiele, insbesondere durch praktische wirtschaftliche Hilfestellungen) zu betreiben und die gegenwärtige Agitation zu bekämpfen, also Oberschlesien und die Ostmarken dem deutschen Reich politisch zu erhalten. Der Aufgabenkreis des Verbandes umfaßt u. a. insbesondere: die Erhaltung und Stärkung des durch ungünstiges Abstimmungsresultat vom Mutterlande losgetrennten deutschen Volkstums; ferner die Förderung aller Bestrebungen, die den staatsbürgerlich-sittlichen Geist und die Werte schaffende geologisch-biologische Produktion des großdeutschen Wirtschaftsgebietes zu heben, sowie eine etwaige Auswanderung in die richtigen Bahnen zu lenken geeignet sind; sodann die Unterstützung aller wirtschafts-ethischen und kulturpolitischen Forderungen, die im deutschen Lebensinteresse durchzuführen und im volkserzieherischen Sinne weitesten Kreisen zu vermitteln sind.“

Wir wollen mit dem Verband hoffen, daß bei Anspannung aller Kräfte in dem vorstehend dargelegten Sinne dem oberschlesischen Leben und Gedeihen gesichert wird.

Polnische Versprechungen.

Entgegen den polnischen Versprechungen, daß in Polen alle Not ein Ende haben werde, entgegen den polnischen Behauptungen, daß in Polen alles zu billigen Preisen zu haben sei, festgesetzt, daß in dem neuen Staat Pomerellen (früher Westpreußen) sowie im übrigen Polen keine Lebensmittel zu bekommen sind, sondern allein auf dem Wege des Schleichhandels zu ungeheuren Preisen — ein Pfund Butter M. 40. — erworben werden müssen; ein Anzug aus gewöhnlichem Stoffe kostet 5000 Mark, ein Paar Schuhe 2000 Mark.

Polnische Wählerarbeit in Oberschlesien.

Dem polnischen Abstimmungs-Kommissar Korjanty stehen täglich 24 Millionen Mark zur Verfügung, die sämtlich aus freiwilligen Zeichnungen aufgebracht werden, und zwar teils aus Kongresspolen und teils aus Kreisen der französischen Industrie stammen. Aus Gründen der Zweckdienlichkeit legt die Polen keinen so übertragenden Wert darauf, die innerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier, die ja doch nur eine geringe Minderheit darstellen, an die Wahlurne zu bringen, sondern die 1/2 Millionen oberschlesischer Arbeiter in großpolnischem Sinne zu orientieren.

(WB.)
kann
Dr. Rie
wurde,
der Wah
betraut
Eine C
(WB.)

Häuser
genom
bundes
Krieges
Geh. R
und Ge

(WB.)
Nationa
wenigen
Mündch

Ein d
(WB.)
auf Er
gehörig
Namen
in St
Stuttga
Markt g

De
Seba
vom 23.
dürfen
boren n
einen G
se Gef
werden.

ml
ernannt
Die La
tische,
Mit 15
des „D
war e
besaf
Eigent
Leitung
seiner
journal
stiegs
Amerik
lehrling
Die Lij
ist viel
stellerna
Chilba,

ml
hat die
geschaff
mischen
scheint,
um sich
Das al
auch au
entschl
die Kai
die die
Hofnar
men sal
an den
Gefilde
römiscl
warlet.
hieb.
der Hin
gab ih
selbst
Nare u
alter g
wegen
Mit be
narren
deutsche
wählte
Aber d
zwischen
rohr fü
Italien
vollstän
talone
gelebt,
von der
vom N

Deutschland.

Vom Hansabund.

(WZB.) Berlin, 15. Juni. Wie der Hansabund bekannt gibt, ist am 12. Juni der bisherige Vorsitzende Geh. Rat Dr. Kießer, aus dem Präsidium ausgeschieden. Anstelle von Dr. Kießer, der vom Präsidium zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde, ist Gener.-Direktor Dr. Endemann-Hannover mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiums betraut worden.

Eine Entschliebung des deutschen Kriegerbundes.

(WZB.) Frankenhäuser, 15. Juni. Der auf dem Kyffhäuser tagende Deutsche Kriegerbund hat eine Entschliebung angenommen, in der der Gesamtvorstand des Deutschen Kriegerbundes die Angriffe einiger Berliner Zeitungen auf das deutsche Kriegervereinswesen und den geschäftsführenden Vorsitzenden, Geh. Reg.-Rat Westphal, als durchaus unbegründet zurückweist und Geh. Reg.-Rat Westphal sein vollstes Vertrauen ausspricht.

Prof. Dr. Max Weber †

(WZB.) Berlin, 15. Juni. Nach der „Voss. Ztg.“ ist der Nationalökonom Professor Dr. Max Weber, der seit wenigen Monaten als Nachfolger Brentanos an der Münchener Universität tätig war, dort gestorben.

Ein deutscher Einbrecher in Dänemark verhaftet.

(WZB.) Aarhus, 15. Juni. Die Polizei verhaftete heute auf Ersuchen des Justizministeriums den deutschen Staatsangehörigen Josef Emil Müller, der sich unter falschem Namen seit April hier aufhielt. Müller wurde von der Polizei in Stuttgart gesucht. Er hatte bei einem Einbruch in Stuttgart zusammen mit vier Personen ungefähr eine Million Mark gestohlen.

Vermischtes.

Arme Sonntagskinder.

Der „Halleischen Ztg.“ zufolge gibt der Verein Erfurter Hebammen eine Entschliebung bekannt, wonach der Verein vom 23. Juni ab die Sonntagsruhe einführt. — In Erfurt dürfen also von diesem Tag ab keine Sonntagskinder mehr geboren werden, und wenn sie doch so unvorzüglich sind, auf einen Sonntag als ihren Geburtstag zu verfeiern, dann laufen sie Gefahr, ohne Hebamme ans Licht der Welt befördert zu werden.

Vom Seherlehrling zum Lord und Zeitungsmagnaten.

ml. Lord Atholstan, der vor zwei Jahren zum Peer ernannt wurde, hat jetzt den Eid im englischen Oberhaus geleistet. Die Laufbahn dieses jüngsten kanadischen Peers ist eine romanhafteste, die selbst im Lande der Sehermänner ihresgleichen sucht. Mit 15 Jahren war Atholstan als Seherlehrling in die Druckerei des „Telegraph“ in Montreal eingetreten. Drei Jahre später war er bereits Generaldirektor dieses Blattes, und mit 20 Jahren besaß er die Hälfte der Aktien des „Stars“, dessen ältester Eigentümer er im folgenden Jahre wurde. Heute hat er die Leitung eines Dutzends der bedeutendsten Blätter Kanadas in seiner Hand vereint und damit nach einer nur dreißigjährigen journalistischen Tätigkeit in Bezug auf Schnelligkeit des Aufstiegs einen Weltrekord aufgestellt. Im übrigen ist er in Amerika nicht der einzige, dem es gelungen ist, sich vom Seherlehrling zu einer achtunggebietenden Stellung aufzuschwingen. Die Liste seiner Vorgänger, die mit Benjamin Franklin beginnt, ist vielmehr recht lang und enthält unter anderem die Schriftstellernamen Howells, Greshley, Ramond und Georges William Child, den Gründer des Public Ledger in Philadelphia.

Hofnarren im alten Rom.

ml. Nicht erst das Mittelalter, in dem sie ihre Blütezeit hatte, hat die uns so seltsam anmutende Institution des Hofnarren geschaffen. Seine Geschichte geht zurück bis in die Zeit der römischen Cäsaren, die sich ebenfalls schon Hofnarren hielten. Es scheint, daß der Kaiser Tiberius der erste war, der einen Narren um sich duldete, wohl wegen seiner Veranlagung zum Trübsinn. Das älteste überlieferte Wortwort aus Narrenmund stammt denn auch aus der Zeit des Tiberius, der sich in seinem Geiz nicht hatte entschließen können, die leibwilligen Verfügungen auszuführen, die Kaiser Augustus zu Gunsten des Volkes getroffen hatte, und die die Auszahlung bestimmter Legate vorsahen. Als nun der Hofnarr des Kaisers eines Tages einen Leichenzug vorbeikommen sah, entschlüpfte seinem losen Munde die verhängnisvolle, an den Toten gerichtete Worte: „Wenn Du in den ehrlässigen Gefilden eintrittst, so vergiß nicht, Augustus zu bestellen, daß das römische Volk noch immer auf die Auszahlung seiner Legate wartet.“ Tiberius trafen die bissigen Worte wie ein Pfeilschleib. Er ließ den Narren ergreifen, ließ ihm das, was ihm von der Hinterlassenschaft des Augustus zuzam, auszahlen, und übergab ihn dann dem Henker mit den Worten: „Nun kannst Du selbst Augustus bestellen, wie die Dinge hier stehen.“ Der arme Narr war zu früh auf die Welt gekommen; hätte er im Mittelalter gelebt, das den Narren Strafflosigkeit gewährte, so wäre ihm wegen seiner bissigen Anzüglichkeit kein Haar gekrümmt worden. Mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts verschwanden die Hofnarren allmählich von den Höfen Europas; nur an den kleinen deutschen Höfen hielt man sie noch geraume Zeit, und man wählte hier besonders gern Zwerg für dieses seltsame Amt. Aber die Spuren ihres Daseins waren nicht so rasch zu verwischen, da die Narren letzten Endes immerhin eine Art Sprachrohr für die unterdrückte Volksstimme bildeten. So lebten sie in Stalien in den scherzhaften Gestalten der Comedia dell'Arte, den volkstümlichen Typen des Pasquino, des Arlecchino und Pantalone fort; ihnen hat die Literatur ein lebendigeres Denkmal gesetzt, als ihren eigentlichen Vorbildern, wenngleich auch diese von dem größten Dramatiker aller Zeiten verewigt worden sind: vom Narr in Shakespeares „Asinia Lear“.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Juni 1920.

Die Parteien und die politische Lage.

Die Parteien und die neuen Landtagsfraktionen halten in diesen Tagen Besprechungen über die politische Lage ab. Die D.D.P. wird am Sonntag verammelt. Die Zentrumspartei hält heute ihre Landesausschüßung, die Bürgerpartei kommt am Freitag, die Volkspartei am Samstag und die Sozialdemokraten am Sonntag zusammen. Nächsten Dienstag tritt dann bekanntlich der neue Landtag zusammen.

Die Amtsdauer des alten Landtags.

Die Amtsdauer des bisherigen Landtags endigt, laut „Staatsanzeiger“, erst mit dem Zusammentritt des neuen Landtags. Von diesem Zeitpunkt haben die Mitglieder des bisherigen Landtags nach dem bestehenden Gesetz noch für 2 Wochen freie Fahrt auf den württ. Eisenbahnen anzusprechen.

Minister Hieber nicht in den Reichstag gewählt.

Von der Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei sind, wie nunmehr feststeht, nicht neun, sondern nur acht Demokraten gewählt. Kultminister Dr. Hieber, der an 9. Stelle stand, hat also kein Mandat erhalten. Insgesamt besitzt die D.D.P. nunmehr 45 Sitze im Reichstag.

Der Schutz von Denkmälern und heimatischem Kunstbesitz.

Der Landtag hat bekanntlich im Mai ds. Js. ein Gesetz über den vorläufigen Schutz von Denkmälern und heimatischem Kunstbesitz verabschiedet. Demnachst erscheinen nun die Ausführungsbestimmungen des Kirchen- und Schulwesens, in denen die längst geplante Neuordnung der Denkmalschutzbestimmungen in Württemberg auf eine neue Grundlage gestellt werden. Es wird darin der Kreis der Denkmale und Kunstwerke, die den Schutzbestimmungen unterliegen, näher umschrieben. Eine Liste aller wertvollen Kunstbesitzes muß angelegt werden, die vom Landesamt für Denkmalspflege (bisher Landeskonservatorium) in Stuttgart geführt wird. Das Landesamt hat als Vollzugs- und Aufsichtsbehörde die Zuständigkeit für die Beseitigung, Veräußerung, Verpfändung oder Ausfuhr der geschützten Kunstgegenstände. Dem Landesamt sollen Beiräte angegliedert werden, denen auch wesentliche Befugnisse bei Ausführung der neuen Schutzbestimmungen übertragen werden. Die Durchführung der neuen Denkmalschutzbestimmungen ist großzügig gedacht. Land und Volk soll vor weiteren ideellen und materiellen Schäden bewahrt werden.

Rücktritt aus dem Reichsdienst.

Vom Bund der württ. Verkehrsbeamten wird uns geschrieben: Die Überführung der Verkehrsbeamten der Länder an das Reich steht vor einem kritischen Abschnitt, da das Reich versucht, die Beamtenschaft gegenüber den bisherigen Landesbeamten bei der Einstufung in die Besoldungsordnung zu schädigen. In einer Sitzung der süddeutschen Verbände in Stuttgart am 14. Juni wurde deshalb folgende Entschliebung gefaßt: „Die in der Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Verkehrsbeamten vereinigten Organisationen von Bayern, Baden und Württemberg stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß noch vor dem 30. Juni 1920 seitens der Reichsregierung die Grundlagen der Einstufung der Verkehrsbeamten bindend festgelegt sein müssen. Als Mindestmaß für die Einstufung wird die Gleichstellung mit den süddeutschen Landesbeamten verlangt. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so werden die Organisationsverbände der süddeutschen Verkehrsbeamten der Bahn und Post ihren Mitgliedern empfehlen, von ihrem Rücktrittsrecht an den Landesdienst geschloffen und unverzüglich Gebrauch zu machen.“

Vorschüsse für Pensionäre.

Den Altpensionären und Hinterbliebenen wird nach einem Beschluß des Staatsministeriums auf die ihnen zustehenden gesetzlichen Ruhegehälter, Vorrückelöhne, Witwen- und Waisenpensionen ein Vorschuß in Höhe der Hälfte dieser Beträge mit Wirkung vom 1. April 1920 ay ausbezahlt werden. Diese Vorschußzahlung erfolgt in Anrechnung auf die in Aussicht zu nehmende gesetzliche Erhöhung der Pensions- und Hinterbliebenenbezüge. Die bisherigen Leistungszulagen werden daneben unverändert weiter bezahlt, bis auch diese gesetzlich neu geregelt sein werden.

Unfallrentenzulagen.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Zur Behebung der durch die Geldentwertung herbeigeführten empfindlichen Notlage zahlreicher Unfallrentenempfänger ist am 5. Mai eine Reichsverordnung erlassen. In ihr ist der Kreis der Berechtigten gegenüber dem bisherigen Rechtszustand insofern erweitert, als alle Verletzten, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von 50 Proz. (bisher 66 2/3 Proz.) der Vollrente beziehen, die Zulage erhalten können. Auch Witwen, Witwer, Kinder, Verwandte aufsteigender Linie und elternlose Enkel, die als solche reichsgesetzliche Renten aus Anlaß von Unfällen beziehen, werden nunmehr mit Rentenzulagen ausgestattet. Einer Antragsstellung und einer Prüfung der Bedürftigkeit bedarf es nicht mehr. Von dem Gedanken ausgehend, daß je weiter der Unfall zeitlich zurückliegt, umso größer das Mißverhältnis zwischen dem damaligen Jahresarbeitsverdienst und der heutigen Dienstlage ist, sind die Zulagen, die im übrigen nach Prozenten des Monatsbetrags der laufenden Rente abgestuft sind, nach Unfalljahrgängen verschieden bemessen. Renten aus Unfällen, die sich nach dem 31. Januar ds. Js. berechnet haben, sind mit Zulagen nicht ausgestattet, weil ihnen die hohen Löhne der Gegenwart bereits zu Grunde liegen. Die neue Regelung hat zunächst bis 31. Dezember 1921 Gültigkeit. Ueber die Gewährung der Zulagen erteilt der Versicherungsträger von amtswegen schriftlichen Bescheid, der innerhalb eines Monats durch Einspruch beim endgültig entscheidenden Oberversicherungsamt angefochten werden kann.

Ein Verzicht auf Lohnerhöhung.

Der „Holzmarkt“ brachte am 9. Juni unter der Ueberschrift: „Walдарbeiter, die auf Lohnerhöhung verzichteten“ ein Schreiben

von einem außerwürttembergischen Revierverwalter: „Die gewählten Mitglieder des Arbeiterausschusses waren heute zu einer Sitzung geladen, um zu der ab 1. April angeordneten 50 prozentigen Erhöhung der Forstarbeiterlöhne Stellung zu nehmen. Die Arbeitervertreter erklärten übereinstimmend: Wir halten eine weitere Erhöhung der durch den Tarifvertrag vom 20. September 1919 vereinbarten Stundenlöhne und der daraufhin weiter vereinbarten Akkordlöhne unter unseren ländlichen Verhältnissen zurzeit nicht für notwendig und angebracht, wenn uns nach wie vor die üblichen kleinen Nutzungen aus dem Walde und auch kleine Landnutzungen zu nicht wesentlich erhöhten Preisen weitergewährt werden. Wir lehnen daher namens der Arbeiterschaft der hiesigen Oberförsterei zurzeit eine weitere Lohnerhöhung ab und verzichten auf dieselbe in der Annahme, daß uns die genannten kleinen Waldnutzungen wie bisher, und soweit es möglich ist zu mäßigen Preisen, gewährt werden.“

Verbandsstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften Württembergs.

Am Samstag hielten in Stuttgart die landwirtsch. Genossenschaften Württembergs ihren 39. Verbandsstag, zu dem die Genossenschaftler und Darlehensklassenrechner des ganzen Landes zahlreich erschienen waren. Der Verbandsvorstand, Oberregierungsrat Baier von der Zentralstelle für die Landwirtschaft wies besonders darauf hin, daß ein baldiger Wiederaufbau des darniederliegenden Vaterlandes nur dadurch möglich werde, daß der Landwirtschaft aufgeholfen werde. Dazu gehöre die Beseitigung des Mangels an Kunstdünger und Kraftfuttermitteln und die lähmenden Fesseln der Zwangswirtschaft. — Aus den Berichten über das Geschäftsjahr 1919 geht hervor: Dem Verband gehören zurzeit 1811 Genossenschaften mit rund 206 300 Mitgliedern an. Es sind dies 1340 Darlehensklassenvereine, 353 Molkerei- und Milchverkaufsgenossenschaften, 34 Getreideverkaufs-, Bezugs- und Absatz-, 14 Mühlen- und Elektrizitäts-, 19 Weingärtner-, 16 Obstverwertungs-, 10 landwirtschaftliche Konsum-, 13 Drech-, 1 Käse- und 10 sonstige Genossenschaften. Seit der letzten Verbandsversammlung sind 75 Genossenschaften, darunter 67 Neugründungen, zum Verband hinzugekommen. Von den 19 bestehenden Weingärtnergenossenschaften konnten im Herbst 1919 5 den Betrieb garnicht eröffnen. Neu sind die Dorfgenossenschaften, die an Stelle der Kommunalverbände die Bewirtschaftung des Brenntorfs in Selbstverwaltung besorgen. Die Verbandsrechnung wurde mit 481 613 M. Ausgaben und 400 670 M. Einnahmen gutgeheißen. An die Genossenschaftszentralstelle sind 1424 Vereinigungen angeschloffen, darunter 1316 Darlehensklassenvereine. Der Umsatz dieser Klasse betrug 3,7 Milliarden Mark (Zunahme 67 Proz.). Die Zinsfäße sind heute noch günstig. Für täglich abnehmbare Gelder werden noch 4 Proz. vergütet. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat sich wesentlich gesteigert. Die Zentralkasse hat einen Gewinn von 111 436 M. ebracht. Die Kaufstelle des Verbands, die von Direktor Oekonomierat Schmidt geleitet wird, hat auch neuer glänzend gearbeitet. Zum Schluß der Tagung wurde noch eine Entschliebung gegen die Zwangswirtschaft angenommen.

Bergbauische Neugründung.

Unter wesentlicher Beteiligung der staatlichen Bau- und Bergdirektion und der Firma Zeller und Gemlin in Ehlingen ist die „Jura-Dolchieserwerke A.G.“ mit dem Sitz in Stuttgart zur Verwertung der württ. Dolchieserlager mit einem Grundkapital von 16 Millionen Mark gegründet worden, wozu zunächst 25 Proz. einberufen worden sind. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Direktor von Kösch-Stuttgart als Vorsitzender, Kommerzienrat Zeller-Göppingen stellv. Vorsitzender, Regierungsrat Schöffel und Bergrat Boehl-Stuttgart, Direktor Scharfsmidt-Ehlingen, Kommerzienrat Voh-Heilbronn, Prof. Dr. Schmidt-Stuttgart.

Billige Zigaretten.

Die badischen Zigarettenfabriken sind, nach der „Bad. Post“, am Ende ihrer Aufnahmefähigkeit in Reichsbatalen angekommen. Ihre Lager sind überfüllt. Es könnten Rauchwarenfabrikate in Mengen hergestellt werden, wenn es nicht an Aufträgen fehlen würde. Die Konsumenten hatten, wie in allen anderen Artikeln, mit dem Kauf zurück. Mannheimer Zigarettenhandlungen haben ihre Verkaufspreise schon bis zu 40 Proz. ermäßigt, um den Absatz wieder zu heben.

Erhöhung der Mosthöchstpreise.

Durch eine Verfügung der Landesverforgungsstelle wird der Erzeugerpreis für Most auf 1 M. der Ausschankpreis auf 1,60 M. je für das Liter einschl. Steuer festgesetzt. In großen und mittleren Städten kann durch Beschluß des Gemeinderats der Erzeugerpreis bis zu 1,30 M., der Ausschankpreis bis zu 2,40 M. das Liter erhöht werden.

Eine entlarvte Schwindlerin.

Das angeblich stigmatisierte Mädchen (E. M.) von Hausen am Büßen hat seit mehr als drei Jahren Aufsehen erregt und viele Bejude erhalten. Die vor 3/4 Jahren im Auftrag des Bischofs im Kloster Reute vorgenommene kirchliche Untersuchung des Falles entschied sich durchaus gegen den übernatürlichen Charakter der Zustände dieser Person. Die Anhänger Hausens suchten in Rom um eine Entschuldig zu ihren Gunsten nach. Rom wies die ganze Sache an den Bischof zurück. Nun hat vor kurzem das Mädchen eidlich zu Protokoll erklärt, es habe weder Visionen noch wunderbare Erscheinungen gehabt; es habe den Leuten auf ihre Fragen geantwortet, was es oben für wahrscheinlich gehalten habe. Die angeblichen Offenbarungen habe es aus Büchern abgeschrieben. Die „Wundmale“ habe sie sich selbst mit Schere und Nadel beigebracht. Jetzt habe sie keine Ruhe mehr, gehabt und deshalb leiste sie von sich aus diesen Widerruf. — So ist der ablehnende Standpunkt des Bischoflichen Ordinariats als richtig erwiesen.

* **Bedenpfronn**, 16. Juni. Zu der gestern gemeldeten Un-
tat des Schreinermeisters Hengel wird noch berichtet, daß auch
Salome Schäuuffele von hier wegen Anstiftung zur Tat
in Haft genommen wurde.

* **Altensteig**, 15. Juni. Ein würdiges Andenken für alle
Zeiten hat, H. „A. d. Tannen“, der hiesige Liederkreis seinen
im Kriege gefallenen 5 Sängern in Form einer Ehrentafel
schaffen lassen, deren Uebergabe am Freitag Abend im Lokal
seitens des Liederkreises mit 2 Chören feierlich erfolgte. Die
Ehrentafel findet im Lokal z. gold. Stern Aufnahme. Den
künstlerischen Entwurf und meisterhafte Ausführung übernahm
Holzbildhauer Dieterle hier.

(S.C.B.) **Disingen**, D.-A. Leonberg, 15. Juni. Beim Baden
in der Glens ertranken zwei junge Burschen im Alter von

18 und 19 Jahren. Die Ertrunkenen hielten sich mit den
Armen krampfhaft umschlungen. Die Kleidungsstücke wurden
noch nicht gefunden, man vermutet Diebstahl.

(S.C.B.) **Stuttgart**, 15. Juni. Ueber die Deckung des Ab-
mangels des württ. Landestheaters, der jährlich auf 3 Mill.
Mark geschätzt wird, kam es anlässlich der Beratung der Ver-
gütungssteuer im Landtag zu Erörterungen, die zeigten, daß
in dieser Frage große Gegensätze bestehen. Am 10. Juni hat
unterdessen der Gemeinderat beschlossen, auf die Dauer
von 3 Jahren einen jährlichen Zuschuß von 750 000 Mark zu
leisten, wenn die Vergütungssteuer in vollem Betrag der Stadt
Stuttgart überwiesen wird und ihr auch die Sporel aus Ver-
gütungen zukommen. Dieser Vorschlag wird als die Grenze
des Möglichen bezeichnet und zugleich darauf hingewiesen, daß

mit Ausnahme von Karlsruhe und Darmstadt überhaupt keine
Stadtverwaltung einen Beitrag zu den früheren Hoftheatern
leistet. Der Staat aber verlangt, daß die Stadt 50 Prozent
des jährlichen Abmangels trage. Einen Millionenabmangel
wird aber weder Staat noch Stadt auf die Dauer tragen können.

Druck und Verlag der A. Bilschläger'schen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftleitg. verantwortl.: J. B.: H. D. R. D. K. a. r., Calw.

Reklameteil.

Neutlingen, den 15. Juni 1920. Christian Bauer, Bäcker,
Abstr. 71 hier, verkaufte sein Bäckereianwesen an Samuel
Hallheimer, Bäcker und Konditor-Craillsheim, um den Preis
von M. 70 000.—. — Der Abschluß erfolgte durch das Immobili-
en- u. Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Horb a. N.

**Städtische
Lebensmittel-Fürsorge.**
Das gestrige Ausschreiben Lebens-
mittelbestellung betr. wird dahin be-
richtet, daß Käse nicht wie ausge-
schrieben auf Lebensmitteln a r k e
Nr. 207, sondern auf Nr. 213 bestellt werden kann.

**Kommunalverband Calw.
Lebensmittelverteilung für die Landorte.**
Auf Bezugsmarke Nr. 27 kommen pro Person zur
Verteilung:
a) Gerstensuppen lose 400 Gr. à Mk. 1.20 b. Pfd.
b) Hafermehl in 1/2 Pfd. Pak. 100 „ à „ 1.10 b. Pak.
c) Haferflocken in 1 „ „ 150 „ à „ 2.20 b. Pak.
d) Reis 500 „ à „ 6.40 b. Pfd.
e) Runkelhonig in Paketen 175 „ à „ 7.30 b. Pfd.
Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am 25. ds. M.
beendet.
Calw, den 14. Juni 1920.
Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

Amtsgericht Calw.
Im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen wurde
heute bei der Firma „Vereinsbuchhandlung Calw und
Stuttgart“, Sitz in Calw mit Zweigniederlassung in Stutt-
gart“ eingetragen: Die Firma sowie die Procura des
Friedrich Gumbert senior in Calw sind erloschen. Die
selbiger Zweigniederlassung in Stuttgart wird als einzige
Niederlassung fortgeführt.
Den 15. Juni 1920.
Oberamtsrichter Bötteler.

Versteigerung:
1800 Zigaretten, 750 Zigarren und 10 Pfd. Tabak.
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach.

Bekanntmachung.
Da demnächst die Namen der im Krieg Gefallenen
und Versollenen auf dem Kriegerdenkmal eingegraben
werden sollen, werden die Angehörigen ersucht, umgehend
die Namen ihrer Gefallenen beim Stadtschultheißenamt
anzugeben. Diejenigen Söhne unserer Stadt, deren Namen
in der vom Stadtparramt seinerzeit herausgegebenen Liste
verzeichnet sind, werden ohne besondere Anmeldung auf-
genommen.
Calw, den 16. Juni 1920.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Fuhrakkord.
Das gesamte städtische Fuhrwesen wird am Donners-
tag, den 17. Juni 1920, vormittags 9 Uhr, im öffentlichen
Abstreich vergeben.
Den 15. Juni 1920.
Stadtpflege: Frey.

Vor etwa 14 Tagen ist
ein fast neuer
Herrenschirm
stehen geblieben.
Bitte denselben gegen gute
Belohnung abzugeben im
Städtischen
Elektrizitätswerk Calw.

**Concordia
Calw.**
Morgen abend
Singstunde
Der Vorstand.

Zu verkaufen:
1 eiserne Bettstelle,
1 Spinnrad samt
Kunkel.
Zwinger 293.

Ein guterhaltenes
Tafelklavier
sowie ein
Fahrrad
mit ganz neuer Gummi-
bereifung und Freilauf
hat zu verkaufen
Ludwig Burghardt,
Musiker, Liebenzell.

Ein 1 jährige
Ziege
hat zu verkaufen
Karl Mienhardt,
Erntmühl.

2 Paar 5 Wochen alte
**Milch-
schweine**
verkauft
Paul Weiß, Althengstett

Färberei Printz
Gegründet 1846
färbt und reinigt
— alles wie zur Vorkriegszeit. —
Annahmestellen: in Althengstett bei Friedrich Löffler Wwe.
Spezereihandlung;
in Calw bei Julie Schimpf, Manufakturwaren, Badstrasse;
in Liebenzell bei Friedrich Osswald.

An unsere Leser!
Wir teilen wiederholt mit, daß sich ab 1. Juli
der Bezugspreis für das Calwer Tagblatt
vierteljährlich auf Mk. 12.90 stellt,
Lohnerhöhungen, ins Uferlose gehende Papierpreise
zwingen uns zu dieser Maßnahme.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Stütze,
die Kenntnisse im Kochen
hat und gute Zeugnisse auf-
weisen kann.
Frau Gustav Heinrich
Wagner, Villa
am Hirfauer Weg, Calw.

Junger, tüchtiger
Maler
zum Streichen von Ma-
schinen
für sofort gesucht.
Harry à Wengen
G. m. b. H., Tatmühle.

Knecht gesucht
Infolge Verheiratung meines
bisherigen, suche ich tüchtigen
Bauernsohn in dauernde
Stellung.
Martin Renz,
Waldfamen-Darre, Forst-
baumschulen, Emmingen.

Entbehrlichkeithalber bil-
lig zu verkaufen:
1 lack. Küchenbuffet,
1 Tisch, 1 Tischwage
mit Gewichte, versch.
Stühle, 1 Spiegel,
1 Regulator, 1 Paar
Kinderstiefel, Gr. 25,
1 feib. Damenjackett.
Zu erfragen in der Gelsch.
des Blattes.

**Schweinefutter
Rückenfutter
Geflügelweichfutter**
empfiehlt
Otto Jung
Landesprodukte.

**Echte Mailänder
Weißsteine**
sind wieder eingetroffen.
Carl Herzog, Eisen-
hdlg.

**Neue
Fahrpläne**
das Stück zu 30 Pfennig,
sind auf der Geschäftsstelle
des Blattes erhältlich.
Einen
**Sig- u. Liege-
Fahrstuhl**
verkauft
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle ds. Blattes.
Kurzegefügtes, trockenes
Brennholz
kann sofort geliefert
werden
L. Rürcher, Sägewerk,
Hirfau.

Oberreichenbach, den 15. Juni 1920.
Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten
geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser treubeforgter Vater, Sohn
und Bruder
Christian Walz,
im Alter von 34 Jahren von seiner sich im
Felde zugezogenen Krankheit erlöst wurde.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 2 Uhr.

Liebenzell.
Betten- u. Möbelverkauf.
Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag, den
19. Juni, vormittags von 9 Uhr an und fortgesetzt, in der
Scheuer neben dem „Döfen“ gegen Barzahlung:
4 vollständige Betten, 2 eiserne und
2 holzene Bettladen mit Matratzen
und Unterbetten, 5 Kleiderkästen,
1 Küchenbuffet, Stühle und Tische,
Nachttische, Bilder und Spiegel,
1 Nähmaschine, elektrische Beleuch-
tungskörper, sowie allgemeinen Haus-
rat.
Bemerkt wird noch, daß die Betten gut und
schön sind.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadtlv. Kolb.


Hellbraune Fuchsstute
11-12jährig, für das Land geeignet, mit
allen Garantien zu verkaufen.
Fester Preis Mk. 12 500.—
Leinacher Mühle, Telefon Nr. 17.

Langholzfuhrmann
sucht zum sofort. Eintritt gegen Höchstlohn
L. Woll, Dampfjägewerk, Pforzheim-
Dillstein.

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden
ist echtes
Brennessel-Haarwasser
ferner feinstes
Birken-Haarwasser
R. Otto Vincon, Calw.

Unterhaltene
Risten
verkauft
Chr. Schlatterer.

Zuchtenten!
Bier 5 Wochen alte Rouen-
enten hat zu verkaufen
Hoetsch, Hirfau.

**Selbstgebrannten
Kaffee**
stets frisch,
Kakao
in 1/2-Pfund-Paketen,
reinschmeckenden
Souchong- und
Ceylon-
Tee
Chocolade
in Tafeln, zum Kochen
und Rohessen, empfiehlt
K. Otto Vincon.